

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 34/2023 vom 24.08.2023

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Polen einsam und verlassen. Niemand mehr will die PiS in Europa*
- *Die Opposition ist keineswegs schwach. Auch die PiS weiß es*
- *Kurz vor Toresschluss setzt PiS auf die Einbetonierung der Oder, und für die polnischen Bürger auf eine Lex Knebel. Es wird eine Beschwerde bei der Europäischen Kommission eingereicht*
- *Kaczynskis Worte sind ein Gründungsakt des Terrors*
- *Duda und Błaszczak verwandelten die Militärparade in eine PiS-Kundgebung. Sie dankten für die „Führung von Premierminister Kaczyński“*
- *Der Westen hat Kiews Gegenoffensive schlecht verstanden*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczo und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Polen einsam und verlassen. Niemand mehr will die PiS in Europa



Quelle: [wyborcza.pl](https://www.wyborcza.pl)

Die Regierenden verkünden großspurig, dass wir zu einer europäischen Macht heranwachsen, aber in Wirklichkeit führt die Politik der derzeitigen Regierung zu einer Isolierung Polens. Niemand konsultiert uns zu irgendetwas, Warschaus Vertreter werden nicht zu wichtigen Treffen eingeladen.

Ein Kommentar von Eugeniusz Smolar, Analyst und Mitglied des Rates des Zentrums für Internationale Beziehungen und ehemaliger Direktor der polnischen Abteilung der BBC.

Nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine hat die Bedeutung Polens zweifellos zugenommen, vor allem durch die Lieferung von Waffen und anderen Hilfsgütern sowie durch die Tatsache, dass Polen zu einer logistischen Drehscheibe für den Transport in die Ukraine geworden ist und auch Flüchtlinge in großer Zahl aufgenommen hat. Die angekündigte Aufstockung des Verteidigungshaushalts auf 4 Prozent des BIP und Waffenkäufe innerhalb weniger Jahre werden Polen an der Front zu einem starken Akteur in der europäischen Sicherheitspolitik machen.

Die PiS-Enthusiasten träumen von der künftigen Bedeutung des Landes, das die geopolitischen Karten ausspielen wird und Berlin, Paris und Brüssel ersetzt. Anstatt eine Einheitsfront mit den Deutschen und Franzosen zu bilden und die große Übereinstimmung ihrer Politik mit der Polens zu nutzen, sowohl in der Einschätzung Russlands als auch in der Notwendigkeit, der Ukraine zu helfen, treibt die PiS Anti-teutonische und Anti-EU-Phobien voran. Damit schwächt sie den Zusammenhalt der NATO und der EU, der für unsere Sicherheit ebenso wichtig und wohl sogar wichtiger ist als Waffenkäufe.

Der NATO-Gipfel in Vilnius zeigte die Wahrheit

Der NATO-Gipfel in Vilnius am 11. und 12. Juli wurde zu einer Auseinandersetzung mit den Realitäten der Politik unserer Verbündeten, allen voran der USA. Gegen den Willen Deutschlands und Frankreichs, der Türkei und Ungarns und zusätzlich nach der negativen Reaktion von Präsident Biden beharrten Morawiecki und das Außenministerium, zweifellos mit Unterstützung Kaczynskis, erfolglos auf der Forderung, die Ukraine so bald wie möglich in die NATO aufzunehmen.

Dies wurde von hochmütigen Bemerkungen begleitet, die eine unabhängige Politik befürworteten, d. h. unabhängig von der Haltung der Verbündeten, und das Prinzip der Einstimmigkeit in der NATO missachteten. Ein einflussreicher Analyst und Berater mehrerer französischer Staatspräsidenten, François Heisbourg, bezeichnete diese Haltung auf einer Konferenz als „geopolitique du dada“ (Dada-Geopolitik).

In einem kürzlich erschienenen Artikel „Polen, ein infantiler Verbündeter“ stellte Professor Roman Kuźniar fest: „Die Sterilität unserer Sicherheitspolitik und Haltung am Vorabend von Vilnius bedeutete, dass die polnische Stimme sowohl vor als auch während des Gipfels völlig unhörbar war. Regierungspolitiker oder Experten wurden zu keiner der Konferenzen, zu keiner der Diskussionen, die in jenen Tagen in verschiedenen Teilen Europas stattfanden, eingeladen. Man war der Meinung, dass sie nichts Wertvolles zu sagen hätten.“ Dies ist eine wahre Aussage. Bei der NATO, in den einzelnen Hauptstädten und in den maßgeblichen Medien wurden die Erwartungen Polens, Litauens oder Estlands im Hinblick auf die Zukunft der Ukraine zur Kenntnis genommen, wobei man sich jedoch hauptsächlich auf die Haltung der USA, Deutschlands und Frankreichs konzentrierte.

Der französische Präsident Emmanuel Macron folgte dem Vorschlag von Bundeskanzler Olaf Scholz und erklärte sich trotz der frostigen Beziehungen zu Polen zu Treffen im Weimarer Format im Februar und Juni dieses Jahres bereit. Angesichts von Dudas Forderung nach einer konkreteren Aussicht auf einen Nato-Beitritt erklärten sie gemeinsam, dass „ein sehr wichtiges Signal an Kiew gesendet werden muss“ und der Ukraine jede Unterstützung gewährt werden müsse. Der Nato-Gipfel in Vilnius hat jedoch gezeigt, dass es in der für die Ukraine und Polen wichtigsten Frage keine Konkretisierungen gibt.

Duda und Morawiecki verkündeten unter Verweis auf die gemeinsame Position der Länder der Region mit Ausnahme Ungarns immer wieder, dass sie erfolgreich Konsultationen mit ihren westeuropäischen Verbündeten geführt hätten. Allerdings gab es keine hochrangigen Besuche in Warschau, obwohl in den Monaten vor dem Vilnius-Gipfel zahlreiche Konsultationen und Regierungskonferenzen stattfanden. Nur, dass an ihnen keine Vertreter der polnischen Behörden teilnahmen.

Die baltischen Staaten meiden Polen

Die gemeinsame Position der nordischen und baltischen Staaten ist aufschlussreich. Wenn Polen im Falle einer Bedrohung als natürlicher strategischer und logistischer Rückhalt für Litauen, Lettland und Estland dienen wird, wie es bereits bei der Ukraine der Fall ist, warum zieht es sie dennoch nach Norden, ohne ihre Beziehungen zu Polen zu vertiefen? Dies wurde kürzlich vom ehemaligen Außenminister Jacek Czaputowicz gegenüber Pilsat festgestellt: „Wir haben nicht viel Unterstützung in der Region. Das wurde auf dem Podium in Bratislava deutlich, wo GLOBSEC, die große Konferenz über europäische Sicherheit, stattfand. Hier ist es uns leider nicht gelungen, unsere traditionellen Verbündeten von unseren Gründen zu überzeugen.“

Auf dieser größten dreitägigen Konferenz Europas nahm Minister Zbigniew Rau zwar gemeinsam mit dem slowakischen Außenminister und dem ehemaligen Präsidenten Estlands an dem Panel „Mittel- und Osteuropa im Krieg“ teil. Kein polnischer Politiker, Diplomat oder Experte nahm jedoch an einem der 30 anderen Panels teil, die sich mit der Verteidigung und dem Wiederaufbau der Ukraine, den Bedingungen für die Herbeiführung des Friedens, der Stärkung der NATO und der Präsenz des Bündnisses an seiner Ostflanke, der Entwicklung der Verteidigungskapazitäten und der Rüstungsindustrie in Europa, der Bewertung der Lage in Russland, der Wirksamkeit der Sanktionen, der Entwicklung der EU und ihrer künftigen Erweiterung, der Energiesicherheit, den Folgen des Klimawandels, den Veränderungen in der Weltwirtschaft, der Cyber-Kriegsführung und der Bekämpfung von Desinformation, der Verteidigung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit usw. usw. befassten. Ursula von der Leyen und NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hielten überzeugende Reden zur Einbindung und Mobilisierung der

Verbündeten im Hinblick auf die Aufgabe, der Ukraine zu helfen und sich Russland entgegenzustellen. Eine starke Pro-Ukraine-Rede von Präsident Emmanuel Macron fand großen Widerhall.

Der in den USA einflussreiche Atlantic Council hat traditionell dafür gesorgt, dass bei seinen in Warschau organisierten Konferenzen, wie z. B. bei der Warschauer Woche im Mai, Vertreter mehrerer polnischer Behörden anwesend waren, aber nicht unbedingt im Ausland. Ein Beispiel dafür ist die Mittel- und Osteuropäische Energiesicherheitskonferenz im Juni, bei der beispielsweise der Wirtschaftsminister des Kosovo in Washington sprach, aber niemand aus Polen. Und das in einer Situation, in der Energie in unserer Region sowohl wirtschaftlich als auch sicherheitstechnisch eine so wichtige Rolle spielt. Wir sollten auch bedenken, dass der Atlantic Council in den USA ein Befürworter und Förderer des Drei-Meeres-Projekts ist, bei dem Investitionen in die Energieinfrastruktur in der Region von entscheidender Bedeutung sind.

Auch auf dem wichtigen zweitägigen Brüsseler Forum 2023, das seit Jahren vom German Marshall Fund of the US (GMFUS) organisiert wird, gab es dieses Jahr im Mai keinen einzigen Redner aus Polen.

Auf einer anderen Sicherheitskonferenz, der Lennart-Meri-Konferenz in Tallinn, traten neben den Präsidenten, Premierministern oder Ministern vieler Länder aus Polen nur Sławomir Dębski, Direktor von PISM, in einem Panel über die Sicherheit in Nordeuropa und Michał Baranowski, Vertreter des Warschauer GMFUS-Büros, in einer Diskussion über die Aussichten auf ein Ende des Krieges in der Ukraine auf.

Die polnische Regierung wird in der EU und der NATO wie ein Fremdkörper behandelt

Das Public-NATO-Forum, das den Gipfel von Vilnius begleitete, war von großer Bedeutung. Es behandelte ähnliche Themen wie die zuvor beschriebenen Konferenzen. Eine der Diskussionen wurde von Katarzyna Pisarska moderiert, und Sławomir Dębski war der einzige Pole auf dem Podium mit dem Titel „Gespräch mit den Leadern der Zivilgesellschaft: Befreiung des Potenzials der Ukraine“. Ganz abgesehen davon, dass es schwierig ist, das staatliche PISM und seinen Direktor, der eine regierungsgeführte Politik unterstützt, als Vertreter der polnischen Zivilgesellschaft zu betrachten. Noch wichtiger ist, dass unter den zahlreichen Präsidenten, Premierministern und Ministern zahlreicher Länder kein einziger Vertreter der polnischen Behörden zu finden war. Auf dem offiziell von der NATO organisierten Forum war Zeit für ein Gespräch mit dem albanischen Premierminister, aber nicht mehr mit Morawiecki oder Duda...

Entgegen der Propaganda über seine wachsende Bedeutung ist Polen in internationalen Gremien nicht vertreten. Dies liegt nicht daran, dass seine sicherheitspolitische Bedeutung nicht zugenommen hat, sondern daran, dass die derzeitigen Behörden aufgrund der von ihnen verfolgten Politik - im In- und Ausland - als Fremdkörper behandelt werden. Die PiS-Regierung glaubt, dass sie Polens Sicherheit durch die Allianz mit den USA und innerhalb der NATO stärken und gleichzeitig die EU bekämpfen kann. Der Infantilismus eines solchen Denkens ergibt sich aus der Tatsache, dass die meisten derselben Länder an beiden Organisationen beteiligt sind, deren Regierungen ihre eigenen Schlüsse aus der Politik Warschaus ziehen.

Die PiS versteht nicht, dass für Washington nicht nur Geld wichtig ist, sondern auch demokratische Werte

Den Vereinigten Staaten schlägt die PiS eine transaktionale Beziehung vor: Als guter, willfähriger Verbündeter rüsten wir auf, kaufen US-Waffen für Milliarden, während sie sich aus unseren inneren Angelegenheiten heraushalten. Die Antwort aus dem offiziellen Washington ist eindeutig: Gemeinsame Werte sind wichtig, weil sie die Grundlage für Vertrauen sind. Frankreich und Deutschland sind manchmal schwierige Partner für die USA, aber in Washington werden sie als besonders wichtig für die europäische Sicherheit angesehen, da sie, anders als Polen, die Fähigkeit haben, andere Länder zusammenzubringen. Wenn es den Amerikanern ein Anliegen wäre, könnten sie ihren Einfluss geltend machen, um die Präsenz von Vertretern der derzeitigen polnischen Regierung in internationalen Debatten sicherzustellen. Sie sind überrascht, aber sicher grämen sie sich nicht über die Ankündigung des Kaufs von z.B. 500 raketenbestückten Himars, wo doch die USA mit ihrem globalen Engagement derzeit über 410 Raketenwerfer verfügen und lediglich beabsichtigen, die Zahl innerhalb von fünf Jahren zu verdoppeln.

Die Ursache für die Isolation Polens ist ein Wertekonflikt und das daraus resultierende mangelnde Vertrauen in das polnische Regierungslager, das mit einer europäischen nationalistischen Rechten flirtet, die ebenso EU-feindlich wie pro-russisch ist. Auch die Gesten Dudas gegenüber Peking haben nicht geholfen. Das Gefühl der Entfremdung wird durch autoritäre Tendenzen verstärkt - Angriffe auf die Rechtsstaatlichkeit und die Unabhängigkeit der Justiz, auf die Medien („Lex TVN“) und die Opposition („Lex Tusk“), aber auch auf Minderheiten, einschließlich LGBT+-Gemeinschaften.

Diese Regierung wird - mit Ausnahme von Orbáns Ungarn, das dies in seinem eigenen Interesse tut - von keinem Land der Region unterstützt, als dessen Anführer sich Polen ausgeben will, da andere die vorgeschlagene Wahl zwischen der EU und Berlin oder Warschau entschieden ablehnen. Oder besser gesagt, sie tun es und erkennen die derzeitige polnische Regierung nicht als Bezugspunkt für ihre Politik an. Daher auch das praktische Verschwinden des Drei-Meere-Projekts, deren Infrastrukturprojekte ohnehin zu einem großen Teil von der EU bezahlt werden müssten.

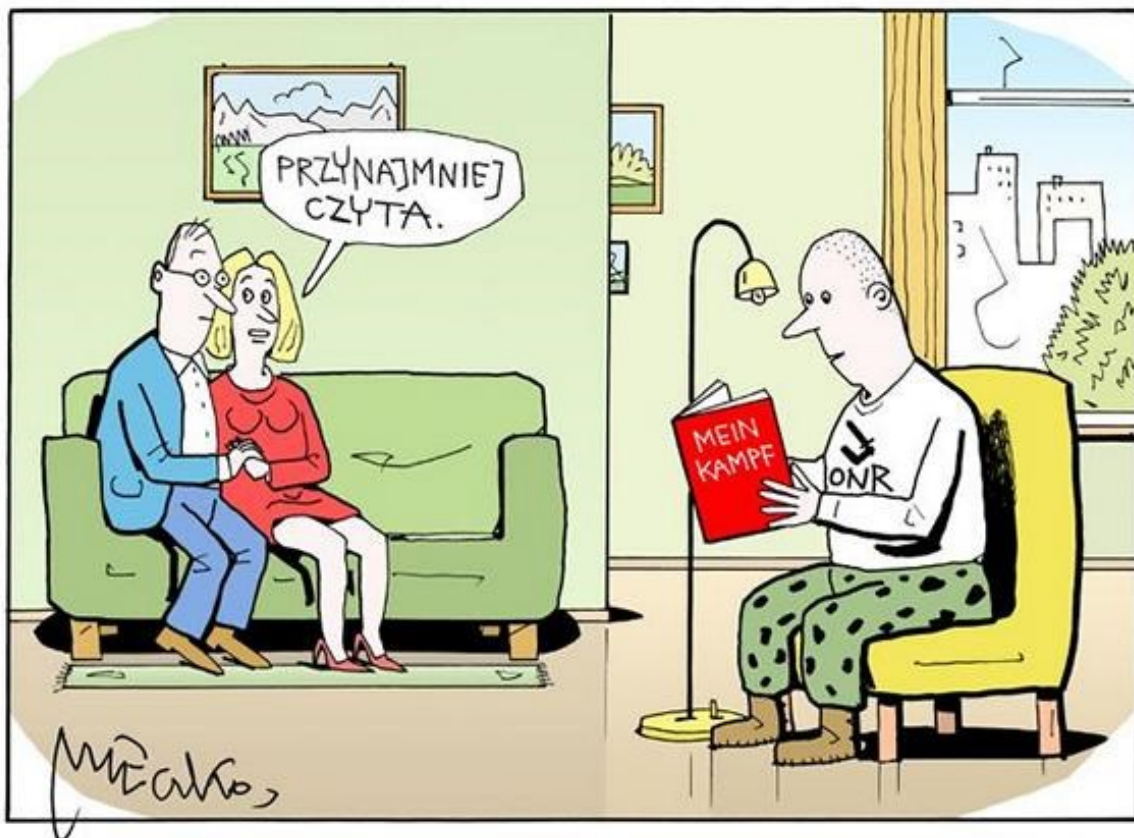
Ausdruck einer merkwürdigen Selbstisolierung war das gefühlte Fehlen Polens unter den Ländern, die sich der von der G7 vor dem NATO-Gipfel in Vilnius angekündigten Erklärung über Sicherheitsgarantien für die Ukraine anschlossen - die Tschechische Republik, Dänemark, Spanien, die Niederlande, Norwegen und Schweden taten dies sofort. Die Konflikte mit Kiew über Agrarimporte und Wolhynien erweisen sich als wichtiger als die Zukunft der Ukraine und die Sicherheit Polens.

Politiker, Diplomaten und Journalisten sprechen ständig miteinander und tauschen Einschätzungen aus. In den baltischen Staaten, auch in Kiew, wächst die Überzeugung, dass die derzeitige Politik Warschaus den Beitritt der Ukraine zur Union behindert. Betrachtet man jedoch die Politik von Orbán und der PiS, so sieht man im übrigen Europa eine Gefahr für die Kompaktheit und Effektivität der Union nach dem Beitritt von Ländern, die so potenziell instabil und politisch unberechenbar sind wie die große und traumatisierte Nachkriegs-Ukraine, Moldawien oder Serbien.

Niemand will mehr die PiS in Europa, außer der PiSler selbst, polnischen wie ausländischen.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75968,30059876,polska-osamotniona-nikt-nie-chce-wiecej-pis-w-europie.html#S.TD-K.C-B.1-L.2.duzy>



www.mleczko.pl

WENIGSTENS LIEST ER.

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Die Opposition ist keineswegs schwach. Auch die PiS weiß es



Quelle: wyborcza.pl

Von **Paweł Wroński**

Der Senatspakt zeigt, dass sich die Oppositionsparteien einigen können, was die Hoffnung nährt, dass sie trotz ihrer Differenzen nach den Wahlen eine gemeinsame Regierung bilden können.

Es ist etwas geschehen, was geschehen sollte - der Senatspakt wurde angekündigt. Die Banalität und das Klischee der Erklärungen der demokratischen Oppositionspolitiker auf der Pressekonferenz am Donnerstag über ein „wichtiges Ereignis“ sollten uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich tatsächlich um ein wichtiges Ereignis handelt.

Wir haben uns an die von den staatlichen Medien verbreitete Propaganda gewöhnt, wonach die Opposition gespalten und uneins in die Wahlen 2023 geht, kein Programm und keinen Charakter hat und nur durch den Hass auf die PiS geeint ist. Gegenüber diesem Bild steht die Regierungspartei da als gut geölte Wahlkampfmaschine.

Die jüngsten politischen Entwicklungen widersprechen dieser Annahme. KO-Chef Donald Tusk überraschte alle, als er bei den Sejm-Wahlen ein Bündnis mit der *Agrounia* von Michał Kołodziejczak einging. *Trzecia Droga* [der Dritte Weg], der Zusammenschluss von PSL und *Polska 2050*, hat endlich begonnen, als eigenständige Einheit zu agieren und eine Wahloffensive zu starten. Auch die Linke ist nicht untätig.

Der Senatspakt ist das beste Beispiel dafür, dass sich die Oppositionsparteien einigen können. Das gibt Hoffnung, dass sie trotz ihrer Differenzen nach den Wahlen eine gemeinsame Regierung bilden können. „Wir haben gezeigt, dass wir miteinander auskommen können. Das ist ein gutes Omen für die Zukunft. Wir

werden alles tun, um gemeinsam zu gewinnen“, sagte Włodzimierz Czarzasty, einer der Vorsitzenden der Linken, am Donnerstag.

Demokratische Gruppierungen sind in der Lage, nachzugeben, Politiker sind in der Lage, einige persönliche Ambitionen aufzugeben, wichtige Wahlkreise an einen Verbündeten abzugeben. Es hat sich gezeigt, dass die demokratische Opposition Wahllisten und programmatische Hauptthesen aufgestellt hat. Gleichzeitig bereitet PiS weitere Wahltricks vor. Ein Referendum, das in Verbindung mit den Wahlen am 15. Oktober abgehalten werden soll, und das die Idee der direkten Demokratie durch die Dummheit der Fragen ins Lächerliche zieht und eine Kommission, die die Opposition beschuldigen soll, 2007-22 dem russischen Einfluss erlegen zu sein, für die sie im Übrigen bis heute keine Kandidaten vorgeschlagen hat (neun Mitglieder sollen vom Sejm ernannt werden).

Plötzlich stellte sich heraus, dass die PiS, die der Opposition vorwarf, kein Programm zu haben und sich zu zanken, selbst gerade mit der Ausarbeitung eines Programms begann und dieses voraussichtlich im September bekannt geben wird. Die Führer Jarosław Kaczyński und Mateusz Morawiecki hingegen konzentrierten sich auf hysterische Reden über Donald Tusk als Inkarnation des Bösen, als angeblichen Abgesandten Berlins, und über die Bürgerplattform, die im deutschen Orchester von Manfred Weber, dem Chef der Europäischen Volkspartei, mitspielt.

Nein, die Opposition ist nicht so schwach, wie manche Leute glauben. Die derzeitige Desorganisation in den Reihen der PiS ist ein Beweis dafür.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75398,30089929,opozycja-wcale-nie-jest-slaba-pis-tez-to-wie.html#S.TD-K.C-B.4-L.1.duzy>

Kurz vor Toresschluss setzt PiS auf die Einbetonierung der Oder, und für die polnischen Bürger auf eine Lex Knebel. Es wird eine Beschwerde bei der Europäischen Kommission eingereicht



Quelle: wyborcza.pl

Von **Anita Dmitruczuk**

Trotz der Proteste vieler gesellschaftlicher Gruppen und NGOs hat der Sejm am Donnerstag das Oder-Sondergesetz und die so genannte Lex Knebel verabschiedet. „Glücklicherweise sind wir Teil der EU und haben die rechtlichen Mittel, um gegen die Verstöße vorzugehen“, erklärte die *Pracownia na rzecz Wszystkich Istot*. Sie kündigte eine Beschwerde bei der Europäischen Kommission an.

Sowohl das Sondergesetz zur Revitalisierung der Oder als auch die Änderungen des Bewertungsgesetzes, genannt „Lex Knebel“, haben in den letzten Monaten für heftige Kontroversen gesorgt. Zum einen, weil es die wichtigsten Bedürfnisse des zweitgrößten polnischen Flusses nach der größten Umweltkatastrophe seiner Geschichte im Grunde ignoriert. Zum anderen, weil es den Polen das Recht nimmt, über die Orte, an denen sie leben, mitzubestimmen.

Einbetonierung der Oder

Im Oder-Sondergesetz und den dazugehörigen Dokumenten findet man alles: eine Liste mit Reparaturen an der Kanalisation in halb Polen, eine Reihe von Investitionen, die die Zukunft des Flusses in Beton fassen, die einzurichtende Wasserschutzpolizei und sogar die Größe der Knöpfe an den Uniformen, die sie tragen wird. Stattdessen gibt es weder eine Idee für die titelgebende Revitalisierung der Oder nach der

größten Katastrophe ihrer Geschichte noch die notwendigen Entscheidungen zur Reduzierung des Salzgehalts des Flusses.

Das Sondergesetz wurde sowohl von Umwelt- als auch von Rechtsorganisationen stark kritisiert und in einer skandalösen Atmosphäre durchgesetzt. Es wurde bis zum letzten Moment vor der Öffentlichkeit verborgen, der Entwurf wurde nicht öffentlich konsultiert, und das einzige Unternehmen, das sich dazu äußerte, bevor der Entwurf an das Parlament ging, war der Bergbaukonzern KGHM.

Mit der Novelle des Bewertungsgesetzes wiederum wird eine besondere Kategorie so genannter strategischer Investitionen in das Umweltverfahren eingeführt, die kein vollständiges Prüfverfahren durchlaufen müssen. Das ist wichtig, denn gerade das Gesetz hatte sichergestellt, dass die Bürgerinnen und Bürger über die Zukunft ihres Lebensraumes und die Eingriffe in die Umwelt mitbestimmen können. „Strategische Investitionen“ werden kaum durch eine Attrappe eines solchen Verfahrens gehen, und welche Investition strategisch ist und welche nicht, wird von der Regierung durch eine Verordnung entschieden. Und hier wurde der Erlass der Änderungen grundlegenden demokratischen Prinzipien nicht gerecht - obwohl der Entwurf einer öffentlichen Konsultation unterzogen wurde, wurde das Schlüsselkapitel über „strategische Investitionen“ nachträglich in den Entwurf aufgenommen.

In beiden Fällen lehnte der Senat die Gesetzentwürfe ab, aber der Sejm verabschiedete sie am Donnerstagnachmittag.

Nach der PiS-Show wird es eine Beschwerde bei der Europäischen Kommission geben

Pracownia na rzecz Wszystkich Istot, eine der ältesten polnischen Nichtregierungsorganisationen, am besten erfahren und spezialisiert in den Mäandern der Umweltverfahren, hat bereits eine Beschwerde bei der Europäischen Kommission angekündigt.

„Die PiS führt eine ‚Lex Knebel‘ ein, um den Polen grundlegende Rechte zu nehmen, wie das Recht auf sauberes Wasser und saubere Luft, um die Stimme der Bürger zu unterdrücken. Seit Jahren werden Stück für Stück mithilfe von Sondergesetzen (Straßengesetz, Bau einer Mauer an der Grenze, Odersgesetz) die Standards für die Durchführung von Investitionen zerstört, was es den Bürgern erschwert, für ihr Recht auf ein Leben in einer gesunden Umwelt zu kämpfen. Die ‚Lex Knebel‘ ist das Tüpfelchen auf dem i bei der Demontage des Umweltrechts. Heute wird jede Investition, die wegen ihrer Schädlichkeit auf gesellschaftlichen Widerstand stößt, genehmigt“, sagt Radosław Ślusarczyk von der *Pracownia*.

Der Organisation zufolge widerspricht das neue Gesetz den EU-Richtlinien: der Prüfung (Artikel 2(4) der UVP-Richtlinie), dem Lebensraum (Artikel 6(3) und (4)) und dem Wasser (Artikel 4(7)). „Der Ausschluss der Öffentlichkeit vom Investitionsprozess und die Einschränkung ihres Rechts auf ein Gericht ist wiederum eine Verletzung von Artikel 9 Absatz 2 des Aarhus-Übereinkommens. Daher wird die *Pracownia na rzecz Wszystkich Istot* die Polen und die polnische Natur in den EU-Institutionen verteidigen“, erklärte die Organisation kurz nach der Verabschiedung des Gesetzes.

Das Abstimmungsergebnis über den Gesetzentwurf zur Oderrevitalisierung

Mit Ausnahme von Jacek Żalka, der nicht anwesend war, stimmten alle Abgeordneten der PiS für die Ablehnung der Stellungnahme des Senats, in der die Ablehnung des Oderrevitalisierungsgesetzes gefordert wurde. Dem schloss sich Anna-Maria Sierakowska an, die zur Konföderation gewechselt war, obwohl die übrigen Abgeordneten der Fraktion dagegen waren (Robert Winnicki stimmte nicht ab). Die Abgeordneten von *Kukiz'15* und der PS stimmten auf dieselbe Weise, und bei den unabhängigen Abgeordneten standen Zbigniew Ajchler und Łukasz Mejza in derselben Reihe (Ryszard Galla und Jakub Kulesza stimmten nicht ab).

KO, Linke, KP, *Polska 2050* waren alle dafür, das Sondergesetz in die Tonne zu treten. Sławomir Nitras und Tomasz Lenz (KO), Beata Maciejewska und Krzysztof Śmieszek (Lewica), Władysław Teofil Bartoszewski (KP) haben nicht abgestimmt.

Das Abstimmungsergebnis über den Gesetzesentwurf „Lex Knebel“

Teresa Hałas brach mit der PiS, die gegen den Senatsbeschluss gestimmt hatte, indem sie umgekehrt stimmte; Kacper Płażyński und Jacek Żalek von der PiS nahmen nicht an der Abstimmung teil.

Alle anwesenden Abgeordneten der *Konfederacja* enthielten sich der Stimme. Die Abgeordneten von *Kukiz'15* und PS stimmten ebenso wie die Abgeordneten der PiS und die unabhängigen Abgeordneten Ajchler und Mejza. Für die Senatsentschließung zur Ablehnung der „Lex Knebel“ stimmten KO, Linke, KP, *Polska 2050*, LD und fünf unabhängige Abgeordnete.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,177851,30090695,na-ostatniej-prostej-pis-stwia-na-betonoze-odry-a-na-polakow.html#S.MT-K.C-B.1-L.1.duzy>

Kaczynskis Worte sind ein Gründungsakt des Terrors



Quelle: wyborcza.pl

Von **Jarosław Mikołajewski**

Die hasserfüllte Rhetorik des Vorsitzenden der PiS sollte bestraft werden.

Kaczynskis Worte über Donald Tusk und Flüchtlinge, die von Morawiecki wiederholt wurden, und der Druck des Hasses, der von ihnen ausgeht, sind nicht länger ein „Schritt in eine Richtung“. Es ist der grundlegende Akt des Terrors. Ja: Seit letzter Woche leben wir in einem Staat, der einen totalitären Weg eingeschlagen hat. In einer Pseudo-Referendumsfrage über Menschen zu sagen, dass sie „illegal“ sind, den Begriff des Zwangs mit dem Herkunftsgebiet zu verknüpfen (in dem Sinne, dass wir gezwungen werden, Menschen aufzunehmen, die wir fürchten sollten), von Donald Tusk als der größten Bedrohung für Polens Sicherheit zu sprechen - das ist schließlich Hass-Rhetorik, die bestraft werden sollte. Darüber hinaus wird sie mit allen möglichen Mitteln wiederholt, in Wort, Bild und Druck.

An der demokratischen Seite wird verharmlosend behauptet, dass dies nur um der Wahl willen geschehe, dass Kaczynski nicht wirklich so denke. Die Logik der Ereignisse sagt jedoch etwas Anderes. Wenn ein Führer für kurzfristige Ziele eine Aura des Hasses um jemanden verbreitet, kann er sich, sobald diese Ziele erreicht sind, selbst davon zurückziehen (wobei ich mir nicht sicher bin), aber die Aura wird in den Köpfen der Menschen bleiben. Eine Wahl wird vorübergehen, und die Menschen werden mit Hass zurückgelassen, bereit, ihn zu nutzen.

Ich will jetzt nicht analysieren, was an dem, was Kaczynski und Morawiecki am Wochenende gesagt haben, falsch ist. Da ist alles falsch. Die sehr unehrliche Grundlage ihrer Rede ist schlecht. Jedes Wort ist schlecht. Die Atmosphäre, in der diese Worte gefallen sind. Wir werden in ihr leben.

So wird der Terror geboren. Faschismus. Nazismus. Und die subtilen Überlegungen zu den Unterschieden zwischen diesen Konzepten interessieren mich überhaupt nicht.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75968,30078206,slowa-kaczynskiego-to-akt-zalozycielski-terroru.html>

Duda und Błaszczak verwandelten die Militärparade in eine PiS-Kundgebung. Sie dankten für die „Führung von Premierminister Kaczyński“



Quelle: natemat.pl

Von **Alan Wysocki**

Andrzej Duda und Mariusz Błaszczak verwandelten den Tag der polnischen Armee in eine Kundgebung der PiS. Zuerst wurde Jarosław Kaczyński überschwänglich gedankt und dann wurde eine Lawine von Anschuldigungen gegen die Opposition losgetreten. „Einheiten wurden aufgelöst. Die militärische Präsenz im Osten Polens verschwand. Es wurden Pläne zur Verteidigung Polens entlang der Weichsellinie angenommen. Zu dieser falschen Politik kann es keine Rückkehr geben“, donnerte der Präsident.

Duda und Błaszczak bei der Militärparade. Jarosław Kaczyński wurde gedankt

Die Feierlichkeiten zum Tag der polnischen Armee liefen bereits seit den Morgenstunden, doch die große Parade wurde um 14 Uhr mit Reden unter anderem von Andrzej Duda und Mariusz Błaszczak eröffnet.

„Wir zollen den Soldaten Tribut, die ihr Blut vergossen haben, damit Polen frei sein konnte. Damit Polen unabhängig ist. Wir gedenken des polnischen Sieges in der Schlacht von Warschau über Sowjetrußland“, begann Duda. „Indem die bolschewistische Expansion gestoppt wurde, konnte die Ausbreitung der bolschewistischen Revolution im Westen verhindert werden“, fügte er hinzu.

Es fehlte auch nicht an Dank an ... Jarosław Kaczyński. Dieser wurden von Mariusz Błaszczak eingereicht. „Besondere Worte des Dankes sollten an Premierminister Jarosław Kaczyński gerichtet werden. Seiner

Führung sei es zu verdanken, dass wir ein Gesetz über die Verteidigung des Heimatlandes haben, das die Grundlage für den Ausbau der Stärke der polnischen Armee sei.“

Andrzej Duda verwandelte den Tag der polnischen Armee in eine PiS-Kundgebung

Interessanterweise sprach Błaszczak vor allem über die polnisch-weißrussische Grenze. Der Präsident, der seit Monaten versucht, sich vom Lager der Machthaber zu distanzieren, widmete fast die gesamte Rede den Angriffen auf die Opposition.

„2015 haben mich meine Landsleute in das Amt des Chefs der Streitkräfte gewählt. Es ist die höchste Ehre und Verpflichtung, die Sicherheit der Polen zu gewährleisten. Von den ersten Tagen an war diese Sicherheit das wichtigste Thema für mich. Der Aufbau einer starken Armee war und ist die Grundlage meiner Präsidentschaft“, sagte er.

„Die letzten acht Jahre waren eine Zeit des Wiederaufbaus der polnischen Armee. Davor hatten wir die gegenteilige Situation. Die Streitkräfte wurden verkleinert“, fügte er hinzu und begann dann mit einer Aufzählung: „Einheiten wurden aufgelöst. Die Militärpräsenz im Osten Polens wurde aufgelöst. Es wurden Pläne zur Verteidigung Polens entlang der Weichsellinie angenommen. Zu dieser falschen Politik darf es keine Rückkehr geben. Im Jahr 2015 hatten wir nur etwa 97.000 Mann unter Waffen. Seit 2016 haben sie diese Politik unterbrochen, was zu einer Katastrophe geführt hat. Wir haben jetzt die Pole umgedreht.“

Was geschieht mit der polnischen Armee? „Es ist, als ob das Fundament der Armee bröckelt“

Allerdings hat Andrzej Duda einige Themen nicht angesprochen. Es war keine Rede davon, dass Polen nur von der Weichsellinie aus verteidigt werden soll, da Polen zur NATO gehört. Nach den Verträgen ist das Nordatlantische Bündnis verpflichtet, jeden Zentimeter unseres Territoriums zu schützen, nicht nur Teile des Landes.

Und erst Anfang des Jahres schlug Onet Alarm, dass fast 9000 erfahrene Soldaten die Armee verlassen wollen.

„Ein solches Ausmaß an Abgängen erfahrener Soldaten, Veteranen, führt zu dem Ergebnis, dass das Fundament der Armee bröckelt. Das ist umso besorgniserregender, als die jüngeren Soldaten von heute nicht die Möglichkeit haben, solche Erfahrungen zu sammeln wie ihre älteren Kollegen, die an Operationen im Irak und in Afghanistan teilgenommen haben“, kommentierte in naTemat General Waldemar Skrzypczak

„Aus diesem Grund verschließen die Soldaten nicht die Augen vor der Politisierung der Armee und der Nutzung der Uniform zur Durchsetzung bestimmter politischer Interessen. Die Militärs haben genug davon, vor Parteiversammlungen zu posieren, die Mariusz Błaszczak in Konferenzen oder Picknicks verwandelt“, sagte der ehemalige Verteidigungsminister Tomasz Siemoniak in einem Interview mit naTemat

„Das Problem des Ausscheidens aus dem Militär ist so drängend, dass ich Minister Błaszczak kürzlich öffentlich vorgeschlagen habe, bei der Suche nach Lösungen zu helfen. Vielleicht findet die Regierung gemeinsam mit der Opposition sowohl geeignete finanzielle Vorschläge als auch die Entwicklung von Standards, die eine Entpolitisierung ermöglichen“, fügte er hinzu.

Darüber hinaus ist das Heimatschutzgesetz, für das Jarosław Kaczyński heute von Błaszczak überschwänglich gedankt wurde, ebenfalls problematisch. In einem Interview mit naTemat wurde dies von General Stanisław Koziej erwähnt.

„Das Budget der Armee soll von 2,2 Prozent des BIP auf 3 Prozent erhöht werden, also um ein Drittel, während die Politik die Größe der Armee verdoppeln will: von derzeit ca. 150.000 auf 300.000. Wir sehen die Gefahr, dass die Umsetzung dieser Annahmen zu einer Verschlechterung der Qualität der Armee im Vergleich zu heute führen wird“, sagte er.

Pläne für den Tag der polnischen Armee in Warschau

Nach den Plänen der PiS werden an der diesjährigen Militärparade zweitausend Soldaten, 200 Einheiten militärischer Ausrüstung und 100 Flugzeuge teilnehmen. Die Veranstaltung ist in eine Infanterieparade, eine Luftparade und eine Fahrzeugparade unterteilt.

Auch Donald Tusk sprach anlässlich des Feiertages. Der Vorsitzende der Bürgerplattform nutzte die Gelegenheit und sagte: „Ich wünsche allen unseren Soldaten am Feiertag weise Kommandeure, eine verantwortungsvolle und loyale zivile Aufsicht und eine moderne, zuverlässige Ausrüstung“, schrieb er auf Twitter.

Die PiS-Parade zum Tag der polnischen Armee kostet uns Millionen von Zloty

Zur Erinnerung: Die letzte Veranstaltung dieser Art fand 2019 in Kattowitz statt. Die Machtdemonstration in Warschau wurde zuletzt 2018 abgehalten. Später standen eine Pandemie und der Krieg in der Ukraine den Veranstaltungen im Weg.

Konrad Baginski von Inn: Poland berichtete, wie viel uns der diesjährige Tag der polnischen Armee kosten könnte. Im Jahr 2018 haben wir 2,6 Millionen PLN für die Militärparade ausgegeben. Jetzt wird es viel, viel mehr sein.

Zsfg.: JP

<https://natemat.pl/505027,andrzej-duda-zamienil-swieto-wojska-polskiego-w-wiec-pis>

Der Westen hat Kiews Gegenoffensive schlecht verstanden



Quelle: [onet.pl](https://www.onet.pl)

Von **Jamie Dettmer**

Die Erwartungen an die ukrainische Gegenoffensive waren von Anfang an zu hoch.

Und nun, da sie sich dem dritten Monat nähert - und es keine Anzeichen für einen wirklich bedeutenden Durchbruch gibt, der die Dynamik der Kämpfe verändern würde -, scheint es, dass wir uns wieder in einem Zermübungskrieg befinden, der die Geduld der ungeduldigen Verbündeten der Ukraine strapazieren könnte. Dies ist ein Szenario, auf das der Kreml zweifelsohne hofft.

Es ist auch möglich, dass, wie der US-Militärstratege Edward Luttwak diese Woche feststellte, Russlands Krieg in der Ukraine in die Phase des „Lasst uns ein gutes Spiel daraus machen“ eingetreten ist. „Die Ukrainer kämpfen gegen eine Macht, die im Februar letzten Jahres versucht hat, ihr Territorium innerhalb einer Woche zu erobern, aber gescheitert ist. Jetzt wird sie auf einen längeren Krieg vorbereitet“, so der Experte.

Die ukrainischen Behörden beschuldigen die verbündeten Regierungen, die Gegenoffensive zu optimistisch eingeschätzt zu haben. Sie beschuldigen auch die enthusiastischen westlichen Medien, die zu oft Wunschdenken mit nüchterner Analyse verwechseln und ein Märchen von demoralisierten, schlecht befehligten russischen Soldaten heraufbeschwören, die schnell vom Schlachtfeld fliehen. Optimisten glaubten, dass die Gegenoffensive einfach den Erfolg vom letzten Herbst wiederholen würde, als es der Ukraine gelang, Charkiw zu befreien und die russische Verteidigungslinie zu durchbrechen. Aber auch Kiew trägt eine gewisse Verantwortung für die optimistischen Vorhersagen eines schnellen Durchbruchs.

Die genährten Hoffnungen waren zu groß

Der Leiter des ukrainischen Hauptnachrichtendienstes, Kyrjlo Budanov, zeigte sich im Vorfeld der Gegenoffensive über weite Strecken des Frühjahrs zuversichtlich, was den Erfolg angeht, und sprach von einer „entscheidenden Schlacht“, die bevorstehe. Er ignorierte sogar Aufforderungen des ukrainischen Außenministeriums, solch optimistische Prognosen zu dämpfen. Aber was hätten die Ukrainer zu diesem Zeitpunkt sagen sollen?

Präsident Wolodymyr Selenskyj bemühte sich um ein Gleichgewicht, indem er an der These festhielt, einen entscheidenden Schlag ausführen zu können, um das Vertrauen des Westens zu stärken und die Versorgung mit Ausrüstung und Waffen aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig versuchte er, überzogene Erwartungen zu zerstreuen. Zu letzterem Schritt entschied er sich jedoch zu spät - ebenso wie Verteidigungsminister Oleksiy Reznikov, der im späten Frühjahr zu befürchten begann, dass die genährten Hoffnungen „entschieden zu groß“ waren. Auch pensionierte US-Generäle, die sich von Träumen hinreißen ließen, die Ukraine könne bald in die annektierte Krim einmarschieren, waren nicht hilfreich.

„Das Problem ist, dass wir unserer eigenen Militärpropaganda glauben“, beklagte Andrej Illarionow, ein russischer Wirtschaftswissenschaftler und ehemaliger politischer Berater des Kremles, der 2005 seine Beziehungen zu Wladimir Putin abbrach. Jetzt ist er ein scharfer Kritiker Moskaus und befürchtet einen langen Krieg, wenn der Westen seine Unterstützung nicht erhöht.

Die Russen lernen ihre Lektion

Ein weiterer Grund für den trügerischen Optimismus der Ukraine war auch die fehlende Einsicht, dass das russische Militär schnell aus seinen Fehlern lernt und weiß, wie man einen neuen Kurs einschlägt. Nur wenige Wochen vor Beginn der Gegenoffensive warnten Jack Watling und Nick Reynolds - zwei Militäranalysten des britischen Think-Tanks Royal United Services Institute (RUSI) - davor, dass die Gegenoffensive möglicherweise gar nicht so optimistisch ausfallen würde. Sie wiesen darauf hin, dass Russland aus seinen Fehlern lernt. Sie wiesen auf eine veränderte Taktik der Infanterie und verbesserte Artillerieeinsätze hin, die es ihnen ermöglichen, ukrainische Ziele innerhalb von Minuten nach ihrer Entdeckung zu treffen. Sie wiesen auch auf andere Veränderungen hin, darunter „die Geschwindigkeit, mit der sich die russische Infanterie eingräbt, und das Ausmaß, in dem sie ihre Kampfpositionen verbessert“. Auch die Taktik der Panzerbrigaden der Kreml-Streitkräfte hat sich geändert. Die Soldaten sind dazu übergegangen, Panzer zur Feuerunterstützung von Infanterieeinheiten aus sicherer Entfernung einzusetzen, anstatt sie für erfolglose Angriffe nach dem Prinzip „Schlagen und Schwächen“ zu versammeln und sie mit Thermotarnung zu tarnen.

Eine weitere gängige Taktik - auf die Experten hingewiesen haben – „besteht darin, dass sich die Russen aus den angegriffenen Stellungen zurückziehen und sie dann beschießen, wenn ukrainische Truppen versuchen, sie zu besetzen“. Diese Methode - in Verbindung mit der Phalanx von dichten und imposanten Verteidigungslinien, die Russland im Süden errichtet hat, wo sich die Gegenoffensive konzentriert, - hält die Ukraine effektiv zurück.

Herausforderungen, vor denen die Ukraine steht

Die ukrainischen Streitkräfte sehen sich in Saporischschja und Donezk mit Schichten von Antipersonen- und Panzerabwehrminen konfrontiert, darunter auch PFM-1-Sprengstoff, den die Russen zu tausenden mit Mörsern, Hubschraubern und Flugzeugen verstreuen. Heute können die Minenfelder bis zu 16 km weit sein, mit bis zu einem halben Dutzend Minen pro Quadratmeter.

Der Ukraine bleibt nur wenig Zeit, um die russischen Verteidigungslinien zu durchbrechen - die an manchen Stellen bis zu 30 km weit sind - und dann aus dem Erfolg Kapital zu schlagen, bevor das Wetter in einigen Monaten wieder umschlägt. Doch bisher ist es den Ukrainern nach wochenlangen Gegenoffensiven nur gelungen, an wichtigen Stellen ein paar Kilometer vorzurücken.

Die erste Phase der Gegenoffensive führte auch zu erheblichen Verlusten der Bewaffnung, einschließlich der vom Westen gelieferten Waffen. Die zweite Phase, in der die Infanterie versuchte, einen Durchbruch an der Frontlinie zu erzielen, brachte ebenfalls keinen nennenswerten Erfolg. Die Ukraine konnte nur

schleppend vorrücken. Dennoch ist die Moral der Soldaten an der Front nach wie vor hoch - vor allem innerhalb des kürzlich entsandten und im Westen ausgebildeten 10. Korps.

Der Westen hat offensichtlich seine Versprechen vergessen

Ursprünglich war geplant, das 10. Korps erst nach der Eroberung der Hauptverteidigungslinien einzusetzen, aber die ganze Prozedur musste beschleunigt werden, was zeigt, welche schreckliche und Zeit raubende Herausforderung die ukrainischen Soldaten zu bewältigen hatten. Es überrascht nicht, dass viele nicht auf das westliche Jammern über die langsamen Fortschritte der ukrainischen Streitkräfte reagieren, wie etwa die Kritik in einer von der deutschen Bundeswehr erstellten Studie, in der behauptet wird, dass die ukrainische Armee die NATO-Ausbildung nicht vollständig umgesetzt habe.

Der Kritik der Bundeswehr ist freilich entgegenzuhalten, dass die Ukraine keine andere Wahl hatte, als von den westlichen Standardvorgaben abzuweichen, da die für den Einsatz benötigten Schlüsselwaffen - darunter F-16-Kampfflugzeuge und Langstreckenraketen - nicht vom Westen geliefert wurden.

Kurz gesagt, der Westen bremste die Ukrainer aus, indem er ihnen beibrachte, wie man im Stil der NATO kämpft, ihnen aber die Waffen vorenthielt, die sie brauchten, um diese Aufgabe zu bewältigen. Darüber hinaus konnten die westlichen Staaten es nicht erwarten, wann Wolodymyr Selenskyj entschlossen handeln würde. Die Verbündeten waren frustriert, als der ukrainische Präsident die Gegenoffensive hinauszögerte und sie vom Frühjahr auf den Sommer verschob, wobei er sich für mehr westliche Lieferungen einsetzte.

Was macht der Westen?

Da kein Durchbruch erzielt wurde, scheint es an der Zeit zu sein, die Planung für die nächste Kampfsaison im Frühjahr zu überdenken - falls sich der Erfolg nicht zu früh einstellt. Die Piloten, die derzeit auf F-16-Maschinen trainieren, werden erst im nächsten Frühjahr voll einsatzbereit sein. Bis dahin könnten die Amerikaner ihr Zögern überwunden haben, der Ukraine Raketen mit größerer Reichweite zu liefern.

Wenn die politischen Berechnungen für die Amerikaner in diesem Jahr zu schwierig waren, muss man bedenken, dass die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA - mit einer äußerst hitzigen Wahlkampfsaison und einem Kampf um den Platz im Weißen Haus - die US-Behörden noch mehr unter Druck setzen werden. Dies könnte die Regierung ablenken und es dem Kongress erschweren, die Zustimmung zu den Sicherheitsmaßnahmen und der wirtschaftlichen Unterstützung zu erhalten, die die Ukraine benötigen wird.

„Die Ukraine braucht keinen großen Sieg, um als unabhängige Nation aus dem Krieg hervorzugehen. Beharrlichkeit ist genug“, so Luttwak. Die ukrainische Beharrlichkeit stand jedoch nie infrage. Die Frage ist, ob der Westen bis zum nächsten Jahr das gleiche Maß an Ausdauer und Siegeswillen aufbringen wird.

Zsfg.: AP

<https://www.onet.pl/informacje/onetwiadomosci/kontrofensywa-w-ukrainie-nie-odniosla-wielkiego-sukcesu-zachod-takze-winy/886fwyt,79cfc278>



Quelle: wyborcza.pl

Elzbieta Witek bei einem Treffen in Tychy über Jarosław Kaczyński:

„Wir können uns außerordentlich glücklich schätzen, einen solchen Führer zu haben. Es gibt keinen anderen Politiker auf der polnischen politischen Bühne wie ihn“, sagte sie.

Jemand im Zuschauerraum rief: „Auch nicht in Europa“.

„Auch in Europa nicht, da haben Sie Recht. Auch nicht in der Welt. In Europa mit Sicherheit auch nicht“.

Elzbieta Witek - die Marschallin des Sejms

Quelle: <https://silesia24.pl/elzbieta-witek-w-tychach-o-kaczynskim-to-wyjatkowe-szczescie-ze-mamy-takiego-przywodce>

mdr.de

Polen ist ein Gastarbeiterland – trotz offizieller Migrantenhetze

<https://www.mdr.de/nachrichten/welt/osteuropa/politik/polen-migranten-arbeitskraeftemangel-wahlkampf-pis-100.html>

fr.de

Mehr Panzer als vier Großarmeen: In Putins Schatten wächst Europas „neue militärische Supermacht“

<https://www.fr.de/politik/polen-militaer-europa-ukraine-krieg-russland-putin-leopard-himars-konflikt-duda-tusk-kaczynski-parade-warschau-92464886.html>

nzz.ch

Polen entdeckt die Volksabstimmung: Die Bürger sollen sagen, ob sie die Zuwanderung «Tausender illegaler Migranten» befürworten

<https://www.nzz.ch/international/polen-die-pis-fuehrt-referenden-zur-wahlmobilisierung-durch-ld.1751641>

deutschlandfunk.de

Polnische Regierung will mit Referendum gegen EU-Asyl-Politik punkten

<https://www.deutschlandfunk.de/polnische-regierung-will-mit-referendum-gegen-eu-asyl-politik-punkten-100.html>

zdf.de

Polen sollen zu Flüchtlingspolitik abstimmen

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/polen-eu-asylkompromiss-referendum-100.html>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik